

**Niederschrift über die 9. Sitzung des Rates der Stadt
Coesfeld am 28.10.2021, 18:04 Uhr, Bürgerhalle,
Osterwicker Straße 1, 48653 Coesfeld**

Anwesenheitsverzeichnis

Bemerkung

Vorsitz		
Frau Eliza Diekmann	parteilos	
Ratsmitglieder		
Frau Sarah Albertz	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Dennis Bachmann	CDU	
Frau Beate Balzer	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Sami Bouhari	SPD	
Herr Robert Böyer	Pro Coesfeld	Anwesend ab 18:20 Uhr
Herr Thomas Bücking	CDU	
Herr Michael Clemens Heinrich Fabry	FDP	
Frau Ulrike Fascher	CDU	
Herr Christoph Fels	CDU	
Herr Josef Flögel	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Dieter Goerke	Aktiv für Coesfeld	
Herr Günter Hallay	Pro Coesfeld	
Herr Michael Heiming	SPD	
Herr Alois Homann	CDU	
Herr Ludger Kämmerling	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Bernhard Kestermann	CDU	
Herr Dr. Heinrich Kleinschneider	CDU	
Herr Markus Köchling	CDU	
Herr André Kretschmer	SPD	
Frau Angela Kullik	FAMILIE	
Herr Bernhard Lammerding	CDU	
Herr Thomas Michels	CDU	
Herr Christoph Micke	CDU	
Herr Tobias Musholt	CDU	
Frau Annegret Nawrocki	FDP	
Herr Ralf Nielsen	SPD	
Herr Benedikt Öhmann	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Erich Prinz	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Peter Sokol	Aktiv für Coesfeld	
Herr Thomas Stallmeyer	SPD	
Herr Gerrit Tranel	CDU	

Herr Georg Veit	Pro Coesfeld	
Frau Martina Vennes	Pro Coesfeld	
Herr Lars Vogel	CDU	
Herr Heinrich Volmer	Pro Coesfeld	
Frau Inge Walfort	SPD	
Herr Johannes Warmbold	CDU	
Herr Simon Watermann	CDU	
Herr Lutz Wedhorn	CDU	
Herr Holger Weiling	CDU	
Herr Christoph Wolfers	Bündnis 90/Die Grünen	
Verwaltung		
Herr Thomas Backes	I. Beigeordneter	
Frau Marie Bongers	FB 10	

Schriftführung: Frau Marie Bongers

Frau Eliza Diekmann eröffnet um 18:04 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 20:15 Uhr.

Herr Wolfers regt an, den Tagesordnungspunkt 4 und 4.1 des nicht-öffentlichen Teils in den öffentlichen Teil zu verschieben, da es hier keinen Grund für eine Nicht-Öffentlichkeit gebe.

Es herrscht Einvernehmen unter den Ratsmitglieder, dass die Tagesordnung entsprechend verändert wird und der TOP N4 / N4.1 zu TOP Ö22 /Ö22.1 wird.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 3 Entwurf der Haushaltssatzung und Entwurf des Haushaltsplans der Stadt Coesfeld für das Haushaltsjahr 2022
Vorlage: 322/2021
- 4 Entwurf des Sonderhaushaltsplans der Stiftung Vikarie Meiners, Coesfeld, für das Haushaltsjahr 2022
Vorlage: 320/2021
- 5 Umgestaltung Stadtpark an der Billerbecker Straße
Vorlage: 271/2021
- 6 Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen auf Umbesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 327/2021
- 7 Anregung gemäß § 24 GO NRW - Aufnahme von Afghanen
Vorlage: 332/2021
- 8 Antrag zur Entwicklung der Innenstadt der Stadt Coesfeld
Vorlage: 328/2021
- 9 Antrag des Puppen- und Spielzeugmuseum e.V. auf Übernahme einer städtischen Ausfallbürgerschaft
Vorlage: 348/2019/2
- 10 Gewährung eines Investitionskostenzuschusses für den Tierschutzverein Coesfeld-Dülmen
Vorlage: 274/2021
- 11 Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Umsetzung des Projektes "Nahversroung in Goxel" - Antrag nach § 24 GO NRW
Vorlage: 301/2021
- 12 Beteiligung am Förderprogramm "Wertevermittlung"
Vorlage: 284/2021
- 13 Anpassung Raumprogramm Erweiterung und Modernisierung Heriburg-Gymnasium
Vorlage: 227/2021
- 14 Anpassung Regionalplan
Vorlage: 233/2021
- 14.1 Anpassung Regionalplan
Vorlage: 233/2021/1
- 15 Bebauungsplan Nr. 48b "Wohngebiet Markenweg"
Vorlage: 297/2021
- 16 Bauliche Erweiterung im Bereich ehem. Wache IPNW
Vorlage: 310/2021

- 17 DIEK Lette: Dirtpark
Vorlage: 303/2021
- 18 Raumprogramm Sanierung und Erweiterung Maria-Frieden-Grundschule
Vorlage: 222/2021
- 19 Personalbemessungsverfahren für den Allgemeinen Sozialen Dienst als Ausfluss des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes (KJSG); Vorsorglicher Eintrag einer 50%-Stelle im Stellenplan 2022 (Kinderschutz)
Vorlage: 282/2021
- 20 Weiteres Vorgehen Gebäude Jugendhaus Stellwerk (Sanierungsbedarf)
Vorlage: 225/2021
- 21 Benennungsrecht nicht berücksichtigter Fraktionen
Vorlage: 219/2021
- 22 Vergabe Gewerbegrundstücke
Vorlage: 220/2021
- 22.1 Vergabe Gewerbegrundstücke
Vorlage: 220/2021/1
- 23 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen der Bürgermeisterin
- 2 Bestellung eines stellv. Leiters der Feuerwehr Coesfeld
Vorlage: 295/2021
- 3 Verkauf Hotel zur Mühle, Neubau. Bericht zum Vergabeverfahren/vertragliche Absicherung
Vorlage: 291/2021
- 4 Regelungen in der Flurbereinigung Berkelaue II
Vorlage: 264/2021
- 5 Zuteilung von Grundstücksflächen im Rahmen der Flurbereinigung
Vorlage: 319/2021
- 6 Anfragen

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Einwohnerfragestunde
-------	----------------------

Es liegen keine Anfragen von Einwohner:innen vor.

TOP 2	Mitteilungen der Bürgermeisterin
-------	----------------------------------

Frau Bürgermeisterin Diekmann wirbt für den Termin am kommenden Samstag für die Neugestaltung des Kapuzinerquartiers. Zusätzlich teilt sie mit, dass an den Adventssamstagen wieder kostenfreies Parken in der Stadt angeboten werden soll.

Da es in der letzten Ratssitzung dazu kam, dass ein Ratsmitglied interne Informationen in öffentlicher Sitzung preisgegeben hat, kündigte Frau Bürgermeisterin Diekmann an, in dieser Sitzung (am 28.10.) noch einmal auf die Konsequenzen einzugehen. Aus diesem Grund betont Frau Bürgermeisterin Diekmann noch einmal die Wichtigkeit des vertrauensvollen Umgangs miteinander. Sie sagt, dass es wichtig sei, dass sich die Mitglieder des Rates darauf verlassen müssen können, dass auch interne Informationen nicht öffentlich bekannt gemacht werden.

TOP 3	Entwurf der Haushaltssatzung und Entwurf des Haushaltsplans der Stadt Coesfeld für das Haushaltsjahr 2022 Vorlage: 322/2021
-------	--

Zur Einbringung des Haushaltes hält Frau Bürgermeisterin Diekmann eine Rede. Diese ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Beschlussvorschlag:

Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022 einschl. Anlagen wird zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss sowie die Fachausschüsse überwiesen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	41	0	0

TOP 4	Entwurf des Sonderhaushaltsplans der Stiftung Vikarie Meiners, Coesfeld, für das Haushaltsjahr 2022 Vorlage: 320/2021
-------	--

Beschlussvorschlag:

Der Entwurf des Sonderhaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2022 wird an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	41	0	0

TOP 5	Umgestaltung Stadtpark an der Billerbecker Straße Vorlage: 271/2021
-------	--

Herr Markus Köchling teilt nach Aufruf des Tagesordnungspunktes mit, befangen gemäß § 31 der Gemeindeordnung NRW zu sein. Er verlässt seinen Platz und setzt sich an den Rand. Er nimmt weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.

Herr Tranel macht noch einmal deutlich, dass die CDU als gesamte Fraktion hinter dem Projekt „Grimpinger Hof“ und auch hinter Markus Köchling stehe. Die Fraktion CDU sehe den „Grimpinger Hof“ als Chance, die Innenstadt durch das Angebot von unterschiedlichen Aktivitäten zu bereichern. Herr Tranel stellt zudem klar, dass Herr Köchling als junger Unternehmer, vor seiner Zeit als Ratsmitglied den Auftrag zur Erstellung einer Machbarkeitsstudie erhalten hat. Es sei sehr wichtig, dass generell ein respektvoller Umgang und ein respektvolles Miteinander gewahrt würde. Zusätzlich teilt er mit, dass die CDU froh über das Engagement junger Menschen in der Politik sei. Für die Zukunft würde sich die CDU-Fraktion wünschen, dass ein Austausch auf persönlicher Ebene und nicht über Leserbriefe in der Zeitung stattfindet.

Herr Fabry erkundigt sich, ob es richtig sei, dass online nicht die komplette Machbarkeitsstudie zum „Grimpinger Hof“ einsehbar ist. So hätte es in der Allgemeinen Zeitung gestanden.

Herr Stadtbaurat Backes erläutert, dass den Ratsmitgliedern die komplette Präsentation zur Verfügung gestellt wurde. Mit dem Auftragnehmer wurde seinerzeit besprochen, dass einige Zahlen und Daten nicht der gesamten Öffentlichkeit, sondern lediglich den Ratsmitgliedern zugeleitet werden.

Beschlussvorschlag 1 (alternativ)

Der Rat beauftragt die Verwaltung die Machbarkeitsstudie „Grimpinger Hof“ umzusetzen und die erforderlichen Haushaltsmittel in Abhängigkeit von der Fertigstellung der wasserwirtschaftlichen Arbeiten des Abwasserwerkes voraussichtlich für den Haushalt 2025 in die Haushaltsberatungen einzustellen.

Beschlussvorschlag 2 (alternativ)

Der Rat beauftragt die Verwaltung die Machbarkeitsstudie „alternativer Spielplatz“ umzusetzen und die erforderlichen Haushaltsmittel in Abhängigkeit von der Fertigstellung der wasserwirtschaftlichen Arbeiten des Abwasserwerkes voraussichtlich für den Haushalt 2025 in die Haushaltsberatungen einzustellen.

Beschlussvorschlag 3 (alternativ/ geändert)

Der Rat beschließt die Machbarkeitsstudien „Grimpinger Hof“ und „alternativer Spielplatz“ nicht umzusetzen, sondern die im Rahmen der Arbeiten des Abwasserwerkes zur Umgestaltung des

Honigbaches geplante Neuanlegung des Kleinkinderspielplatzes in der Größe des heute vorhandenen Spielplatzes weiter zu verfolgen. Durch eine breite Bürger:innenbeteiligung wird das Vorgehen der möglichen Gestaltung diskutiert, sodass unter Berücksichtigung der Ergebnisse dieser Beteiligung im Anschluss der übrige Park im Rahmen der Baumaßnahme Verlegung Honigbach als Grünfläche wiederhergerichtet wird.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen	Befangen
Beschlussvorschlag 1	17	24	0	1
Beschlussvorschlag 2	0	41	0	1
Beschlussvorschlag 3	24	17	0	1

TOP 6	Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen auf Umbesetzung von Ausschüssen Vorlage: 327/2021
-------	---

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, die nachfolgend aufgeführten Ausschüsse sowie die Vertreterliste gemäß dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen umzubesetzen.

1. Wahlprüfungsausschuss

ordentliches Mitglied	bisherige persönliche Vertreterin	neuer persönlicher Vertreter
Herr Hans-Jürgen Braukmann Magdalenen Str. 8 48653 Coesfeld	Frau Christine Bendix Gaupel 11 48653 Coesfeld	Herr Erich Prinz Kreienkamp 8 48653 Coesfeld

Vertreter:innen:
Erich Prinz
Beate Balzer
Christoph Wolfers

2. Wahlausschuss

bisheriges ordentliches Mitglied	neues ordentliches Mitglied	persönliche Vertreterin
Frau Christine Bendix Gaupel 11 48653 Coesfeld	Herr Erich Prinz Kreienkamp 8 48653 Coesfeld	Frau Beate Balzer Gerhart-Hauptmann-Str. 10 48653 Coesfeld

Vertreter:innen:
Sarah Albertz
Beate Balzer
Christoph Wolfers

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	42	0	0

TOP 7	Anregung gemäß § 24 GO NRW - Aufnahme von Afghanen Vorlage: 332/2021
-------	---

Herr Prinz zeigt sich irritiert über den aktuellen Beschlussvorschlag. Es fehle ihm ein Beschluss darüber, dass auch über den Verteilungsschlüssel hinaus geflüchtete Personen aufgenommen werden. Zusätzlich sagt er, dass es vor einer gewissen Zeit im Rat schon einmal die Diskussion über den Beitritt der Stadt Coesfeld zu dem Bündnis „Sicherer Hafen“ / „Seebrücke“ gegeben habe. Er regt folglich an, einen weiteren Beschlussvorschlag zur Abstimmung zu bringen.

Es wird folglich zunächst über den Beschlussvorschlag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen abgestimmt. Da dieser Beschlussvorschlag angenommen wurde, ist eine Abstimmung über den ursprünglichen Beschlussvorschlag hinfällig.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Coesfeld erklärt sich mit der Aufnahme von afghanischen Ortskräften und deren Familienangehörigen solidarisch.

Beschlussvorschlag (Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen):

Der Rat der Stadt Coesfeld beschließt, die Anregung der Flüchtlingsinitiative an den entsprechenden Fachausschuss zur Diskussion und Beratung zu überweisen. Neben der Beratung über die Anregung gem. § 24 GO NRW soll auch über einen möglichen Beitritt zu dem Bündnis „Seebrücke“/ „Sicherer Hafen“ beraten werden. Die abschließende Entscheidung obliegt dem Rat.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen	41	0	1

TOP 8	Antrag zur Entwicklung der Innenstadt der Stadt Coesfeld Vorlage: 328/2021
-------	---

Herr Tranel erläutert den Antrag und sagt, dass die CDU damit einverstanden sei, lediglich über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abzustimmen.

Herr Hallay merkt an, dass er den Antrag und auch die Abstimmung über die Beschlussvorschläge überflüssig finde, da im Bereich Innenstadtentwicklung bereits sehr viel geschehe und somit der Antrag der CDU ins Leere laufe.

Herr Flögel stimmt dahingehend zu, dass er sagt, dass die Verwaltung bereits sehr gute Arbeit leiste und er deshalb keinen Grund für eine Abstimmung sehe.

Herr Nielsen äußert seine Zustimmung.

Herr Tranel verdeutlicht, dass der Antrag auf Anregungen und Fragen der Gewerbetreibenden in Coesfeld fußt.

Es wird zunächst über den Alternativbeschluss der Verwaltung abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

1. Die nachfolgend aufgeführten Eckpunkte aus einem Gespräch mit den Kaufleuten der Stadt Coesfeld zur Entwicklung der Innenstadt werden geprüft und im Falle der Umsetzbarkeit in die in Erarbeitung befindliche Innenstadtstrategie aufgenommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, nach einem Jahr einen Kurzbericht über die Umsetzung vorzulegen.

Alternativer Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, spätestens in einem Jahr, über die Umsetzung der Anregungen zu berichten. Das Citymanagement wird die Ergebnisse zu gegebener Zeit in seinen Bericht aufnehmen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag der Verwaltung	22	18	2

Da der Beschlussvorschlag der Verwaltung angenommen wurde, ist eine Abstimmung über die übrigen Beschlussvorschläge hinfällig.

TOP 9	Antrag des Puppen- und Spielzeugmuseum e.V. auf Übernahme einer städtischen Ausfallbürgschaft Vorlage: 348/2019/2
-------	--

Herr Bouhari teilt mit, dass aktuell die Gefahr bestehe, dass der kulturelle Raum des Puppenmuseums in Zukunft nicht weitergeführt werde. Dies liege vor allem daran, dass es kein Personal gebe, welches das Museum weiterführt, da der Verein, der diese Aufgabe aktuell wahrnehme, dies nicht mehr leisten könne. Die Thematik in Sachen „Übernahme des Puppenmuseums“ durch die Stadt Coesfeld würde bereits seit über zwei Jahren behandelt; bislang ohne Ergebnis. Der Rat der Stadt Coesfeld hätte von Anfang an deutlich kommunizieren müssen, dass die Stadt das Museum nicht übernehmen möchte.

Herr Musholt weist darauf hin, dass sich die Stadt und auch der Ausschuss für Kultur, Schule und Sport sehr um eine Lösung des Problems bemüht hätte. Auch der dafür eingerichtete „runde Tisch“ habe versucht einen Kompromiss mit dem Verein zu finden. Herr Musholt betont jedoch, dass es nicht zielführend sei, wenn der Verein den Ablauf der Übernahme diktiert und sich nicht auf die Argumente, Forderungen und Sichtweisen der Stadt einlässt. Auch nach persönlichen Gesprächen sei der Verein nicht von seinen Maximalforderungen abgerückt.

Herr Volmer erklärt, dass er den Prozess in der Arbeitsgemeinschaft mitbetreut habe. Er räumt ein, dass die Zeit, in der diese Thematik bearbeitet wurde, sehr lang war. Er macht jedoch auch deutlich, dass sich intensiv mit der Lösung der Frage befasst wurde, wie diese ehrenamtliche Vereinstätigkeit weitergeführt werden könne. Herr Volmer erläutert, dass seiner Ansicht nach, weder der Rat, noch die Verwaltung dieses Ehrenamt weiterführen könne, sondern dass diese Aufgabe auch in Zukunft durch ehrenamtliche Helfer:innen wahrgenommen werden müsse. Die Stadt müsse aber alternativ schauen, wie der Verein unterstützt werden könne. Er betont, dass er nicht gegen den Verein sei oder das Puppenmuseum als nicht wichtig ansehe, verdeutlicht aber, dass das Museum entweder ehrenamtlich oder sonst schweren Herzens gar nicht weitergeführt werden müsse.

Herr Prinz sagt, dass sich der Rat vor knapp 2,5 Jahren zum ersten Mal vor einer Entscheidung weggeduckt und keine Entscheidung getroffen hat. Er sagt, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen auch persönliche Gespräche geführt habe. In der letzten Fraktionssitzung wurde diese Thematik erneut umfangreich diskutiert und es wurde festgestellt, dass es sehr viele unterschiedliche Meinungen gebe, weshalb sich die Fraktion enthalten werde. Herr Prinz äußert den Wunsch, dass die Stadt sich weiterhin gemeinsam mit dem Verein um eine Lösung bemüht.

Frau Vennes teilt für ihre Fraktion mit, dass sie keine städtische Trägerschaft des Museums sehe. Sie sagt jedoch, sollte es eine Möglichkeit geben, dass das Museum doch ehrenamtlich weitergeführt wird, dass dann die Fraktion durchaus bereit sei wieder in Gespräche einzusteigen.

Beschlussvorschlag (s. Vorlage 348/2019):

Bei Anwendung der in der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule und Sport (KSS) am 10. September 2019 beschlossenen Kriterien zur Übernahme von Museen/Sammlungen (Vorlage 218/2019) kann eine „Ausfallbürgschaft“ oder die Übernahme der Trägerschaft des hiesigen Puppen- und Spielzeugmuseums dem Trägerverein nicht in Aussicht gestellt werden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	27	7	8

TOP 10 Gewährung eines Investitionskostenzuschusses für den Tierschutzverein Coesfeld-Dülmen
Vorlage: 274/2021

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, einen Betrag von 35.000 € als Investitionskostenzuschuss für den Neubau des Tierheims in Coesfeld in den Haushalt des Jahres 2022 einzustellen. Die Auszahlung erfolgt nach erfolgreichem Abschluss der Vertragsverhandlungen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	41	0	1

TOP 11 Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Umsetzung des Projektes "Nahversorgung in Goxel" - Antrag nach § 24 GO NRW
Vorlage: 301/2021

Herr Vogel teilt nach Aufruf des Tagesordnungspunktes mit, befangen gem. § 31 GO NRW zu sein. Er nimmt weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.

Beschlussvorschlag:

1. Auf Grundlage des Antrags soll der Bebauungsplan Nr. 48 – 2. Änderung erneut geändert werden und eine ausnahmsweise Einzelhandelsnutzung für die Nahversorgung zulässig machen.
2. Der Plan ist in der Liste der Priorität zu erarbeitenden Bebauungspläne 2022 aufzunehmen. Der abschließende Beschluss zur Bearbeitung erfolgt durch den Ausschuss für Planen und Bauen in seiner Sitzung im Dezember 2021.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen	Befangen
Beschlussvorschlag (1. u. 2.)	41	0	0	1

TOP 12 Beteiligung am Förderprogramm "Wertevermittlung"
Vorlage: 284/2021

Beschlussvorschlag 1:

Die Verwaltung wird beauftragt für das Landesprogramm „Wertevermittlung“ einen Förderantrag im Jahr 2022 und darüber hinaus zu stellen, sofern die Förderung wie angekündigt weiter verstetigt wird.

Beschlussvorschlag 2:

Die Verwaltung wird beauftragt die 50%-Stelle „Präventiver Kinderschutz“ für das Team Jugendförderung einzurichten, auszuschreiben und zunächst auf ein Jahr zu befristen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1	42	0	0
Beschlussvorschlag 2	42	0	0

TOP 13 Anpassung Raumprogramm Erweiterung und Modernisierung Heriburg-Gymnasium
Vorlage: 227/2021

Beschlussvorschlag:

Der Erweiterung des Raumprogramms um 60 m² von 1.100 m² auf 1.160 m² wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	42	0	0

TOP 14 Anpassung Regionalplan
Vorlage: 233/2021

Herr Kestermann und Herr Dr. Kleinschneider erklären sich nach Aufruf des Tagesordnungspunktes als befangen gem. § 31 GO NRW und nehmen weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teil.

Herr Weiling bittet um die Zustimmung zu den Beschlüssen, die in der Beschlussvorlage 233/2021/1 (Vorschläge aus dem Bezirksausschuss) aufgeführt sind.

Herr Volmer teilt mit, dass die Fraktion Pro Coesfeld der Expertise der Verwaltung vertraut und deshalb auch dem ursprünglichen Beschlussvorschlag der Verwaltung gefolgt werden sollte.

Er sagt, dass die Verwaltung am besten die Flächen und deren Entwicklung beurteilen könne. Die Fraktion sehe die Gefahr, sollten nun Flächen verschoben oder anders ausgewiesen werden, die Bezirksregierung diesen Änderungen im weiteren Verlauf nicht folgt. Herr Volmer macht deutlich, dass der jetzige Regionalplan, der den Ratsmitgliedern vorliegt, ein Wunschplan sei. Er plädiert dafür, diesen Plan durch Umstrukturierung nun aber nicht schon in Gefahr zu bringen und deshalb dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu folgen.

Herr Stallmeyer lobt den Bezirksausschuss für das Engagement. Er fügt jedoch auch hinzu, dass die SPD auch weiterhin dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen werde.

Herr Prinz teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen dem Beschlussvorschlag der Verwaltung nicht folgen werde. Als Grund führt er an, dass die Fraktion nicht verantworten könne, dass es zu immer mehr Flächenverbrauch komme. Die Fraktion wünscht sich nicht immer größere Industrie-, Gewerbe- oder Wohngebiete sondern bessere, innovativere und umweltfreundlichere Gebiete. Mit der Anpassung des Regionalplans würde der Flächenverbrauch einfach so fortgeschrieben. Die Bundesregierung fordert den Flächenverbrauch bis zum Jahr 2030 zu halbieren. Einer Anpassung des Regionalplans ohne eine Strategie der Nachhaltigkeit könne die Fraktion so nicht zustimmen.

Herr Fabry teilt mit, dass seine Fraktion den Anträgen und Beschlussvorschlägen aus dem Bezirksausschuss folgen werde.

Beschlussvorschlag 1:

Der von der Verwaltung erarbeitete Vorschlag für die Verortung der ASB- und GIB-Potenzialflächen soll der Regionalplanungsbehörde für die Erarbeitung des Regionalplanentwurfes mitgeteilt werden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen	Befangen
	16	8	16	2

TOP 14.1 Anpassung Regionalplan
Vorlage: 233/2021/1

Herr Kestermann und Herr Dr. Kleinschneider erklären sich nach Aufruf des Tagesordnungspunktes als befangen gem. § 31 GO NRW und nehmen weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teil.

Beschlussvorschläge (Empfehlung des Bezirksausschusses):

Beschlussvorschlag 1 (Antrag der CDU):

Die Möglichkeit der Abrundung der Fläche hinter dem Edeka für einen Discounter wird beschlossen.

Beschlussvorschlag 2 (Antrag der CDU):

Es wird beschlossen die Fläche COE-009 als ASB-Fläche aufzugeben und in eine GIB-Fläche umzuwandeln.

Beschlussvorschlag 3 (Antrag der CDU):

Es wird beschlossen die Fläche gegenüber der Fläche COE-009 als GIB-Fläche aufzunehmen.

Beschlussvorschlag 4 (Antrag der CDU):

Es wird beschlossen, 7,5 ha aus der Fläche COE-009 im Südwesten der Fläche COE-006 zu verorten.

Beschlussvorschlag 5 (ursprünglicher Beschlussvorschlag der Verwaltung - geändert):

Der von der Verwaltung erarbeitete Vorschlag für die Verortung der ASB- und GIB-Potenzialflächen soll der Regionalplanungsbehörde für die Erarbeitung des Regionalplanentwurfes **mit den genannten Änderungen** mitgeteilt werden.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen	Befangen
Beschlussvorschlag 1	17	21	2	2
Beschlussvorschlag 2	18	21	1	2
Beschlussvorschlag 3	17	22	1	2
Beschlussvorschlag 4	17	21	2	2

Über den Beschlussvorschlag 5 wurde, aufgrund der Abstimmungsergebnisse der Beschlüsse 1-4, nicht mehr abgestimmt.

TOP 15	Bebauungsplan Nr. 48b "Wohngebiet Markenweg" Vorlage: 297/2021
--------	---

Frau Bürgermeisterin Diekmann vergewissert sich, dass die Ratsmitglieder die Abwägung der vorliegenden Stellungnahmen umfassend und detailliert vorgenommen haben.

Sodann lässt Frau Diekmann über die Beschlussvorschläge 1 – 6 en bloc abstimmen.

Beschlussvorschlag 1:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Rahmen der Abwägung der „öffentlichen Auslegung“ (gem. § 3 Abs. 2 BauGB) die vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken (s. Anlage 6) keinen Beschluss erfordern.

Beschlussvorschlag 2:

Die Abwägung der im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange (gem. § 4 Abs. 2 BauGB) vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken (s. Anlage 7.1) wird wie folgt beschlossen:

- 2.1 Es wird beschlossen, die Mauer zu erhalten, um eine Verringerung der Geräuscheinwirkungen im Gartenbereich zu erzielen. Damit wird der Anregung des LWL dem Bodendenkmal mehr Freiraum zu geben nicht gefolgt.
- 2.2 Es wird beschlossen, der Forderung des FB 70 nachzukommen und die Hinweise entsprechend zu aktualisieren.
- 2.3 Es wird beschlossen, den vorhandenen Baumbestand nachrichtlich im Bebauungsplan darzustellen, die geplanten Baugrenzen von dem Baumbestand (Flstk. 518) weiter abzurücken, einen Wurzelschutzbereich entlang der Grundstücksgrenze zum Flstk. 518 festzulegen sowie einen Hinweis aus dem Bebauungsplan Nr. 48 zur „Bindung für die Erhaltung von Bäumen“ aufzunehmen.
- 2.4 Es wird beschlossen, dass unter der Festsetzung 7.2 (gem. § 9 BauGB und BauNVO) die Angabe zur Qualität der Ersatzpflanzung entfällt.
- 2.5 Es wird beschlossen, die artenschutzrechtlichen Vermeidungsmaßnahmen unter den Hinweisen aufzunehmen.
- 2.6 Es wird beschlossen, die Trafostation nicht im Bebauungsplan zu berücksichtigen, sondern im Erschließungsvertrag zu regeln und die Begründung zum Bebauungsplan anzupassen.
- 2.7 Es wird beschlossen, den Hinweis des Abwasserwerks zur Entwässerung des Plangebiets aufzugreifen und die Begründung entsprechend anzupassen.
- 2.8 Es wird beschlossen, die Höhenlage der Erschließungsstraße im Bebauungsplan zu ändern.
- 2.9 Es wird beschlossen, dem Hinweis der Bezirksregierung Arnsberg, Abt. 6 Bergbau und Energie NRW nachzukommen und den Hinweis 7. BERGBAU im Bebauungsplan entsprechend zu aktualisieren.

Beschlussvorschlag 3:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Rahmen der „erneuten öffentlichen Auslegung“ (gem. § 4a (3) BauGB i. V. m. § 3 (2) BauGB) keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken eingegangen sind.

Beschlussvorschlag 4:

Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Rahmen der Abwägung der „erneuten öffentlichen Auslegung“ (gem. § 4a (3) BauGB i. V. m. § 4 (2) BauGB) die vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken (s. Anlage 8.1) keinen Beschluss erfordern.

Beschlussvorschlag 5:

Der Bebauungsplan Nr. 48b „Wohngebiet Markenweg“ wird unter Abwägung der vorgebrachten Hinweise, Anregungen oder Bedenken als Satzung beschlossen.

Gemäß § 10 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) und gemäß den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO. NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW Seite 666), in den zurzeit geltenden Fassungen.

Beschlussvorschlag 6:

Die Begründung des Bebauungsplanes Nr. 48b „Wohngebiet Markenweg“ wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1-6	42	0	0

TOP 16	Bauliche Erweiterung im Bereich ehem. Wache IPNW Vorlage: 310/2021
--------	---

Herr Volmer regt an, den Beschlussvorschlag 1b) mit folgender Ergänzung zu versehen: Der Alternativentwurf des FB 60 ergänzt um die Verpflichtung zur Errichtung eines Gründachs.

Dieser ergänzende Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gebracht:

Herr Stadtbaurat Backes erklärt, dass die Vorlage nicht korrekt erstellt worden sei und dass es einmal einen Beschlussvorschlag 1a) und einen alternativen Beschlussvorschlag 1b) hätte geben müssen. Die beiden Beschlussvorschläge stünden folglich alternativ zu einander.

Beschlussvorschlag:

1. Es wird beschlossen, grundsätzlich einer baulichen Erweiterung und Nachverdichtung im Eingangsbereich des IPNW an der ehem. Wache (Zusestraße 2)
 - a) im Rahmen des Entwurfsvorschlags des Eigentümers
 - b) oder im Rahmen des Alternativentwurfs FB 60 ergänzt um die Verpflichtung zur Errichtung eines Gründachszuzustimmen.
2. Die notwendigen Festsetzungen werden im Rahmen der geplanten 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 120/3-4 Gewerbepark im Jahr 2022 oder 2023 durchgeführt, der dem Rat zum Beschluss vorgelegt wird.
3. Mit dem Vorhabenträger sind im Rahmen eines städtebaulichen Vertrages Kostenübernahme über die Planänderung und ggf. daraus resultierende Folgekosten zu regeln.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1a	21	21	0
Beschlussvorschlag 1b	21	21	0
Beschlussvorschlag 2	42	0	0
Beschlussvorschlag 3	42	0	0

Bei den Beschlussvorschlägen 1a und 1b kam es zu einer Stimmgleichheit (gleiche Anzahl an Ja- und Nein-Stimmen). Gem. § 50 Abs. 1 Satz 2 GO NRW gilt ein Antrag bei Stimmgleichheit als abgelehnt.

TOP 17 DIEK Lette: Dirtpark Vorlage: 303/2021

Herr Kestermann erläutert den Sachverhalt und auch die Ergebnisse der Abstimmungen aus den vorberatenden Gremien, welche auch auf die Erstellung einer Toilettenanlage abgezielt haben. Herr Kestermann betont, dass das Kostenargument hier nicht gelten könne, da es im Ortsteil Lette definitiv zu wenig öffentliche Toiletten gebe. Auch wenn es keine Fördermittel für die Errichtung einer neuen öffentlichen Toilettenanlage gebe, sollte eine solche Anlage errichtet werden.

Herr Stallmeyer teilt mit, dass die SPD-Fraktion sich bereits in den anderen Gremien gegen den Bau einer Toilettenanlage ausgesprochen habe, da die Kosten hierfür zu hoch seien. Er ergänzt aber, dass die Fraktion die Notwendigkeit einer solchen Anlage nicht bestreite. Die benötigten Mittel stünden jedoch nicht zur Verfügung.

Herr Volmer äußert sowohl zu der Aussage von Herrn Kestermann, als auch zu der Aussage von Herrn Stallmeyer seine Zustimmung. Die Fraktion Pro Coesfeld werde jedoch den ursprünglichen Beschlussvorschlägen der Verwaltung folgen. Er merkt an, dass jedoch permanent die Fördermöglichkeiten für solch eine Anlage im Blick gehalten werden sollten, um das Vorhaben dann bei passender Gelegenheit auf den Weg zu bringen.

Frau Balzer äußert ihre Zustimmung zu den Ausführungen von Herrn Kestermann. Sie sagt, dass das tolle Projekt Dirtpark nicht direkt durch die fehlende Toilettenanlage in Verruf geraten solle. Sie macht den Vorschlag, dass die bereits vorhandenen Toilettenanlagen der Grundschule in Lette mitbenutzt werden können. Hier könnte durch die Verwaltung geprüft werden, ob ein separater Zugang zu den Toilettenräumlichkeiten hergestellt werden könnte. Dies wäre gegebenenfalls eine kostengünstigere Alternative. Auch die Reinigungskosten dürften dann nicht zu hoch werden.

Herr Stadtbaurat Backes teilt mit, dass diese Möglichkeit seitens der Stadt geprüft wurde. Aktuell gebe es hier jedoch keine Möglichkeit. Eine weitere Möglichkeit wäre noch in dem neuen Feuerwehrgebäude eine Toilettenanlage mitunterzubringen. Problematisch wäre hier, dass diejenigen, die die mögliche Toilette im Feuerwehrgebäude nutzen möchten, zunächst die Straße überqueren müssen.

Herr Bücking schlägt eine alternative Lösung zwischen den gefassten Beschlüssen des Bezirksausschusses (BZA), Ausschusses für Planen und Bauen und des Umweltausschusses und dem ursprünglichen Beschlussvorschlägen der Verwaltung vor. So soll über die ursprünglichen Beschlussvorschläge der Verwaltung (1-3) abgestimmt werden, sowie über den im BZA gestellten Antrag der CDU und über einen weiteren Beschlussvorschlag der die mögliche Schaffung einer Toilettenanlage berücksichtige (siehe Beschlussvorschläge).

Diese fünf Beschlussvorschläge werden folglich auch zur Abstimmung gebracht.

Beschlussvorschlag 1:

Das Gesamtkonzept zur Gestaltung der heutigen Wiesenfläche wird befürwortet. Die Entwurfsplanung zum Dirtpark und den naturnahen Flächen wird zur weiteren Bearbeitung freigegeben.

Beschlussvorschlag 2:

Dem zum 30.09.2021 gestellten Förderantrag zum Dorferneuerungsprogramm 2022, mit den Projekten Dirtpark und naturnahe Fläche, wird zugestimmt.

Beschlussvorschlag 3:

Die Haushaltsmittel für die Projekte Dirtpark und naturnahe Flächen in Höhe von 331.000 € sollen für das Haushaltsjahr 2022 eingestellt werden.

Beschlussvorschlag 4 (Antrag der CDU – Sitzung BZA 05.10.):

Die Planungsmittel für eine Teichanlage sollen für das Haushaltsjahr 2022 eingestellt werden.

Beschlussvorschlag 5 (ergänzt während der Sitzung des Rates am 28.10.):

Die Verwaltung wird beauftragt folgende Prüfung durchzuführen: Möglichkeit zur Schaffung einer Toilettenanlage im Kern des Ortsteils Lette sowie eventuelle Fördermöglichkeiten zu eruieren und erforderliche Haushaltsmittel zeitnah einzustellen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1	42	0	0
Beschlussvorschlag 2	42	0	0
Beschlussvorschlag 3	42	0	0
Beschlussvorschlag 4	21	21	0
Beschlussvorschlag 5	42	0	0

Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag gem. § 50 Abs. 1 Satz 2 GO NRW als abgelehnt.

TOP 18 Raumprogramm Sanierung und Erweiterung Maria-Frieden-Grundschule
Vorlage: 222/2021

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen für die Sanierung und Erweiterung der Maria-Frieden-Schule das Raumprogramm in Anlage 1 – in Abänderung des Beschlusses zu Vorlage 268/2019 – zugrunde zu legen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	42	0	0

TOP 19 Personalbemessungsverfahren für den Allgemeinen Sozialen Dienst als Ausfluss des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes (KJSG); Vorsorglicher Eintrag einer 50%-Stelle im Stellenplan 2022 (Kinderschutz)
Vorlage: 282/2021

Beschlussvorschlag 1:

Die Verwaltung wird beauftragt ein Vergabeverfahren für ein Personalbemessungsverfahren für den Allgemeinen Sozialen Dienst, die Eingliederungshilfe und die Jugendgerichtshilfe vorzubereiten. Die hierfür erforderlichen Mittel in Höhe von ca. 25.000 € brutto sind in den Haushalt 2022 einzustellen.

Beschlussvorschlag 2:

Die Verwaltung wird beauftragt, vorsorglich eine 50%-Stelle in den Stellenplan für 2022 für den Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) mit dem Schwerpunkt Kinderschutz einzuarbeiten. Nach Abschluss des Personalbemessungsverfahrens ist über die Besetzung und konkrete Stellenausgestaltung (Umfang, Inhalt) eine Entscheidung herbeizuführen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 1 und 2	42	0	0

TOP 20 Weiteres Vorgehen Gebäude Jugendhaus Stellwerk (Sanierungsbedarf)
Vorlage: 225/2021

Herr Fabry erkundigt sich, wer die geplante Kostenschätzung vornehmen soll.

Herr Stadtbaurat Backes antwortet daraufhin, dass dies fremdvergeben werden soll. Die Kosten werden sich auf ca. 15.000 bis 20.000€ belaufen.

Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen für eine mögliche Neuerrichtung des Jugendhauses Stellwerk am heutigen Standort eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben. Diese umfasst eine

skizzenhafte Vorplanung, eine grobe Kostenschätzung sowie die Darlegung von Ausweichquartier/en für die Bauzeit. Für den Haushalt 2022 sind entsprechende Mittel einzuplanen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	42	0	0

TOP 21 Benennungsrecht nicht berücksichtigter Fraktionen
Vorlage: 219/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat bestellt für den Bezirksausschuss eine:n Vertreter:in der Fraktion FAMILIE als beratendes Mitglied:

Beratendes Mitglied	1. Vertretung	2. Vertretung
Rita Brummert	Marcel Stratmann	Angela Kullik

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	42	0	0

TOP 22 Vergabe Gewerbegrundstücke
Vorlage: 220/2021

Da eine Ergänzungsvorlage (220/2021/1) erstellt wurde, wird lediglich über die Beschlussvorschläge dort abgestimmt.

TOP 22.1 Vergabe Gewerbegrundstücke
Vorlage: 220/2021/1

Herr Fabry teilt mit, dass er den Beschlussvorschlag 2.1 zu unkonkret findet und aus diesem Grund nicht zustimmen kann.

Herr Wolfers stellt den Antrag, auch noch das Kriterium „Tarifbindung“ mit aufzunehmen.
Dies wird bei der Beschlussfassung folglich zur Abstimmung gestellt.

Herr Tranel teilt mit, dass die CDU den Antrag aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 14.10. zurücknimmt (Beschlussvorschlag 2.2). Über diesen Beschlussvorschlag wird folglich nicht abgestimmt.

Beschlussvorschlag 2.1:

Der Rat der Stadt Coesfeld beschließt die im Sachverhalt geschilderte Einführung und die im Anhang benannten Kriterien für die Vergabe von Gewerbegrundstücken, ergänzt um das Kriterium „Gemeinwohl“.

Beschlussvorschlag 2.2:

Der Rat der Stadt Coesfeld beschließt die im Sachverhalt geschilderte Einführung und die im Anhang benannten Kriterien für die Vergabe von Gewerbegrundstücken, ergänzt um das Kriterium „Handwerk und Dienstleistungen für die örtliche Bevölkerung“.

Beschlussvorschlag 1 (aus Vorlage 220/2021):

Der Rat der Stadt Coesfeld beschließt die im Sachverhalt geschilderte Einführung und die im Anhang benannten Kriterien für die Vergabe von Gewerbegrundstücken.

Beschlussvorschlag 3:

Der Rat der Stadt Coesfeld beschließt die im Sachverhalt geschilderte Einführung und die im Anhang benannten Kriterien für die Vergabe von Gewerbegrundstücken, ergänzt um das Kriterium „Tarifbindung“.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschlag 2.1	5	37	0
Beschlussvorschlag 1	37	1	4
Beschlussvorschlag 3	12	27	3

TOP 23 Anfragen

Frau Kullik erkundigt sich nach den konkreten Kosten für den Neubau / Umbau des Schulzentrums.

Herr Stadtbaurat Backes teilt mit, dass er dies nicht beantworten könne.

Herr Prinz fragt, ob die Stadt Coesfeld, in Folge des Hackerangriffs auf die Stadt Witten, ihr eigenes IT-Sicherheitssystem überdacht habe.

Frau Bürgermeisterin Diekmann antwortet, dass sie diese Anfrage schriftlich von dem Digitalisierungsbeauftragten der Stadt beantworten lassen müsse.

Antwort der Verwaltung:

Das IT-Sicherheitssystem der Stadt Coesfeld wird laufend überwacht und an die aktuellen Anforderungen angepasst. Gegen Angriffe von außen ist die Stadtverwaltung durch ein mehrstufiges Firewallsystem geschützt. Zusätzlich ist jeder Client mit einer EndpointSecurity ausgestattet. Im Fall der Stadt Witten war laut Presseberichten Ransomware der Auslöser für die Abschaltung von Systemen.

Zusätzlich zu den vorgenannten Maßnahmen schützt sich die Stadtverwaltung durch aktive Emailfilter und durch die Sensibilisierung der MitarbeiterInnen vor Ransomware.

Frau Walfort erkundigt sich, weshalb es in Coesfeld keine verkaufsoffenen Sonntage gebe, dies in umliegenden Städten und Gemeinden aber möglich sei.

Frau Bürgermeisterin Diekmann erklärt, dass die Stadt hier auf die Zustimmung der Gewerkschaft ver.di angewiesen sei. Ver.di habe dem vorgelegten Konzept der Stadt nicht zugestimmt. Frau Diekmann ergänzt, dass die Stadt Billerbeck immer Sonntags öffnen dürfe, da sie den Titel „Naherholungsort“ trägt. Aktuell sei die Stadt Coesfeld aber dabei sich mit der ver.di auseinander zu setzen, sodass in Zukunft verkaufsoffene Sonntage stattfinden können. Die von der Gewerkschaft für Coesfeld gewünschten und vorgeschriebenen Maßnahmen, konnte die Stadt nicht so schnell umsetzen. Im nächsten Jahr soll es dann eine zufriedenstellende Lösung für alle geben.

Herr Kestermann teilt mit, dass in Lette die Stauden an der Coesfelder Straße für Sichtbehinderung sorgen und fragt, ob der Bauhof hier ggfs. tätig werden könne.

Herr Musholt erinnert daran, dass es im letzten Haupt- und Finanzausschuss (14.10.) eine Anfrage zu der Thematik „Luftfilteranlagen“ in Unterrichtsräumen für Kinder jünger als 11 Jahre gegeben hat und erkundigt sich, ob die Bürgermeisterin hierzu in der heutigen Sitzung noch einmal Stellung bezieht.

Herr Stadtbaurat Backes sagt, dass es seit der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 14.10. keine neuen Informationen gebe, die vorgestellt werden könnten.

Herr Volmer erkundigt sich, ob für das Bauprojekt Schulzentrum vorgesehen ist, dass eine Lüftungsanlage installiert wird.

Herr Stadtbaurat Backes verneint dies und betont, dass die Stadt hier auf eine natürliche Belüftung setze. Sollte dies für einige Räume nicht ausreichen, könnte eine künstliche Belüftungsanlage zum Einsatz kommen.

Frau Kullik fragt, ob gegen sie nun kein Verfahren eingeleitet würde, weil es dafür keine rechtliche Grundlage gebe.

Frau Bürgermeisterin Diekmann erklärt, dass der Grund dafür, dass kein Verfahren eingeleitet wird, sei, dass sie es als nicht erforderlich ansehe. Fehler könnten immer passieren. Sie plädiere aber noch einmal für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit unter den Ratsmitgliedern.